



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik  
am 30. Oktober 2018  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

**Aglaja Beyes (L&P)**

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr**

**Ende: 18:20 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten 38/18, 39/18 und 48/18.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

**Nicht anwesend:**

Stv. Maritzen

Stv. Rutten

Stv. Schulz

Stv. Schwarzer (vertreten durch Stv. Wagner)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### 0066 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

### 0067 Genehmigung der Niederschrift vom 28.08.2018

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 28.08.2018 wird genehmigt.

Einstimmig

### 0068 18-F-21-0057

Einräumen einer Beschlussempfehlung für den Ausländerbeirat in der Stadtverordnetenversammlung  
- Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen vom 23.10.2018 -

Stv. Apel begründet den Antrag.

Nach kurzer Diskussion, ob es nicht sinnvoll wäre, erst die noch zu erstellende Satzung für den Ausländerbeirat abzuwarten (Stv. Mensching), wird auf Vorschlag von Stv. Beyes der Prüfauftrag geändert und der Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen in folgender Form angenommen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- § 40 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung wird dahingehend ergänzt, dass neben Beschlussempfehlungen des Jugendparlaments und Seniorenbeirats auch die des Ausländerbeirats nach Prüfung vom gesamten Präsidium in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden können.

Zu diesem Zweck erhält sowohl die Überschrift als auch der Absatz 2, Satz 1 die Formulierung "[...] des Jugendparlamentes, des Seniorenbeirates und des Ausländerbeirates [...]".

Enth. AfD, FDP, FW/BLW

### 0069 18-F-03-0013

OParl-Standard  
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 24.10.2018 -

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stv. Kisseler begründet den Antrag.

Es entsteht eine Diskussion darüber, ob es Sinn macht, eine zusätzliche Schnittstelle einzurichten, wer diese mit welchem Nutzen überhaupt benötigt, warum ein Prüfauftrag gestellt wird, wenn klar ist, dass es eigentlich keine zwingende Notwendigkeit über den OParl-Standard gibt und ob die Verwaltung wirklich Interesse daran hat, den Standard einzuführen, stellt Stv. Wernergold folgenden Antrag auf Ergänzung des Antrages von Bündnis90/Die Grünen:

- d) welcher Nutzen mit der Einführung der Schnittstelle verbunden ist.

Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen wird bei Übernahme des Antrages der AfD in folgender Form angenommen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen,

- a) ob die Inbetriebnahme eines OParl-Endpunktes für das Wiesbadener RIS möglich ist.
- b) ab wann eine Inbetriebnahme möglich wäre.
- c) mit welchen Kosten eine Inbetriebnahme verbunden wäre.
- d) welcher Nutzen mit der Einführung der Schnittstelle verbunden ist.

gegen CDU + FDP angenommen

**0070 16-A-56-0002**

Berichterstattung Stabsstelle Bürgerbeteiligung

1. Der Ausschuss nimmt den Bericht von Frau Kotzke und Frau Rösler zur Kenntnis.
2. Die Unterlagen werden dem Ausschuss digital zur Verfügung gestellt.

Einstimmig

**0071 18-A-56-0002**

Veröffentlichung der Steckbriefe auf [dein.wiesbaden.de](http://dein.wiesbaden.de)

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik nimmt

1. die mit der Einladung zur Sitzung des Ausschusses am 30.10.2018 verschickten,
2. die am 29.10.2018 per Mail an die Ausschussmitglieder verteilt und
3. die in der Sitzung als Tischvorlage ausgegeben Steckbriefe (insgesamt 16) zur Vorhabenliste

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

zur Kenntnis und gibt sie zur Veröffentlichung auf der Seite [dein.wiesbaden.de](http://dein.wiesbaden.de) frei.

Einstimmig

**0072 18-V-12-0002**

Leitlinien für Bürgerbeteiligung - Bericht zur Zwischenevaluierung 2018

Stv. Dr. Wittkowski gibt folgende kritische Anmerkung zu Protokoll:

Im Bericht ist auf Seite 24 (3.10 Nr. 7) folgender Passus zu lesen:

*„Gleichwohl muss kritisch angemerkt werden, dass eine stärkere Teilnahme von Politik-Vertretern (auch von Ausschuss-Mitgliedern) an Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung wünschenswert ist. Zudem haben gerade die Mitglieder dieses Ausschusses auch die Aufgabe, als Multiplikatoren für mehr und gelingende Bürgerbeteiligung in die Stadtgesellschaft Wiesbadens hinein zu wirken.“*

Gegen diese Darstellung verwehrt er sich in aller Form. Politikschelte gehört nicht in einen solchen Bericht. Eine solche Anmerkung ist unangemessen.

Stv. Denzer erklärt dazu ebenfalls, dass es der Verwaltung nicht zusteht, Politikern Aufgaben vorzuschreiben.

Es entsteht danach weitere Diskussion zu dem Thema, warum kein Geld für externe Evaluation im Haushalt eingestellt wurde.

Herr Simon teilt dazu mit, dass es seinerzeit nicht möglich war, Haushaltsmittel anzumelden, weil dies politisch nicht gewollt war.

Stv. Kisseler fragt nach, ob externe Hilfe überhaupt benötigt werde.

Herr Simon weist darauf hin, dass bisher Amt 12 die Begleitforschung vorgenommen hat, ohne mehr Geld oder Personal dafür zu erhalten. Er selbst sei mit 30 bis 50 % seiner Arbeitszeit für die Bürgerbeteiligung tätig, was nach seinem Ausscheiden im kommenden Jahr anders geregelt werden muss.

Der Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

**0073 18-V-20-0039**

Investitionscontrolling 2. Quartal 2018

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Vors. Beyes weist darauf hin, dass das Investitionscontrolling in allen Ausschüssen beraten wird, weil dies auf eine Anregung des verstorbenen Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung, Herrn Dieter Horschler, zurückgeht. Damit sollte allen Ausschüssen die Möglichkeit gegeben werden, für ihren Fachbereich den Stand der Investitionen zu ersehen.

Einstimmig

**0074 18-V-30-0019**

Erhöhung der Entschädigung für Schiedspersonen

Einstimmig

**0075 18-V-30-0020**

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für die Schiedsgerichtsbezirke Mainz-Kastel/Amöneburg

Einstimmig

**0076 Verschiedenes**

Vors. Beyes informiert den Ausschuss über folgende Punkte:

1. Der Einladung zur heutigen Sitzung war der Beschluss des Ältestenausschusses zum Umgang mit den Berichten zum Projekt HaLT! beigefügt.
2. Zu den Anträgen, die in Bezug auf WLAN in den letzten 2 Jahren gestellt wurden, wird dem Ausschuss wahrscheinlich in der kommenden Sitzung mündlich zum Sachstand berichtet.
3. Ebenso ist vorgesehen, dass In der letzten Sitzung des Jahres ein erster mündlicher Bericht zur Einführung des neuen PIWi gegeben wird.
4. Das Hearing zur Informationsfreiheitsgesetz ist durch ein Schreiben des Fachdezernates an die Fraktionen mit der Bitte, Sachverständige zu benennen, angestoßen worden.

Anlagen

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 30. Oktober 2018

Beschl.      Vorlagen      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.          Nr.

---

Wiesbaden,          .11.2018

**Vorsitzende**

**Schriftführerin**

Beyes

Koba